

Medienmitteilung 26.4.2021 (**Mediensperfrist bis Mittwoch 28.4.2021, 06.00 Uhr**)

PUK Empfehlung: Aus den Fehlern lernen

Eine fehlende Verknüpfung von Prozessabläufen in der Abwicklung von Bauprojekten und der politischen Führung, kein internes Kontrollsystem (IKS), eine unvollständige Planung, Kompetenzüberschreitungen im Kredit- und Ausgabenrecht und zu geringe personelle Ressourcen: Das waren die Hauptursachen für die Kostenüberschreitungen bei den Krienser Zentrumsprojekten. An seiner Mai-Sitzung debattiert der Einwohnerrat über den Abschlussbericht der Untersuchungskommission, die das Parlament eingesetzt hatte. Im Bericht werden auch konkrete Korrekturmassnahmen vorgeschlagen. Die PUK hält fest, dass die abschliessenden Bauabrechnungen der Projekte noch nicht vorliegen und die genauen Abweichungen erst mit den Bauabrechnungen bekannt werden.



«Lernen aus Fehlern»: Diesen Ansatz verfolgte die Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK), die der Krienser Einwohnerrat im Sommer 2019 eingesetzt hatte. Da bei den Erneuerungswahlen sämtliche bisherigen Stadträtinnen und Stadträte abgewählt wurden, lag der Fokus auf einer zukunftsgerichteten Sichtweise. Die PUK war ins Leben gerufen worden, nachdem das Parlament zwei Zusatzkredite für Bauprojekte abgelehnt hatte. Der Stadtrat hatte diese Zusatzkredite beantragt, um bereits entstandene Kostenüberschreitungen aufzufangen bzw. nötige Projektergänzungen noch zu realisieren. Dabei ging es um das Gesamtprojekt «Zukunft Kriens – Leben im Zentrum» (insbesondere mit dem Neubau des Stadthauses, dem Bau des Kulturzentrums SCHAPPE und dem Neubau für Werkhof und Feuerwehr) sowie um den Krienser Teil an der mit externen Partnern realisierten Erneuerung des Stadions Kleinfeld.

Der Stadtrat hatte damals den früheren Emmer Gemeindepräsidenten Dr. Thomas Willi mit einer externen Untersuchung beauftragt. Die vom Parlament eingesetzte PUK ihrerseits beauftragte ein renommiertes Wirtschaftsprüfungsunternehmen mit weiteren Abklärungen. Die in beiden Berichten zusammengetragenen Fakten und Ergebnisse bilden nun die Basis für Handlungs-Empfehlungen, welche die PUK dem Einwohnerrat für die Mai-Sitzung vorlegt.

Für die PUK ist es nicht haltbar, dass während der Projektumsetzung so viel zusätzlicher Finanzbedarf angemeldet wurde, ohne dass eine verlässliche und aktualisierte Kostenkontrolle als Entscheidungsgrundlage vorlag. Grosse Mängel ortet die PUK auch bei der Anwendung der geltenden rechtlichen Bestimmungen zum Kredit- und Ausgabenrecht. Weiter führt der externe Bericht aus, dass getätigte Ausgaben nur teilweise durch gesetzliche Grundlagen legitimiert waren.

Fehlende Kontrollstrukturen wie ein IKS und zu gering bemessene personelle Ressourcen erschwerten die gleichzeitige Umsetzung von mehreren grösseren Bauprojekten. Innert weniger Jahre wurden alleine für die Zentrumsbauten und das Kleinfeld rund 72 Mio. Franken investiert.

Dies führte dazu, dass im Bauverlauf Anpassungen und betrieblich notwendige Ergänzungen in der Annahme bewilligt wurden, die dafür notwendigen Mittel seien noch vorhanden und die Kompetenzen eingehalten. Es wurden Ausgaben getätigt, obschon die

bewilligten Kredite ausgeschöpft waren. Später habe sich dann aber gezeigt, dass die Entscheide auf der Basis nicht aktualisierter Daten gefällt wurden. Im Fall des Stadions Kleinfeld sei der Baustart aufgrund des herrschenden Zeitdrucks (Fussball-Saison, Ankermieter Sportschule) überhastet erfolgt. Aus Sicht der Stadt seien wichtige Fragen zu Zuständigkeiten mit hohem Einfluss auf die Kosten in der anspruchsvollen Projektorganisation erst in der Umsetzungsphase geklärt worden.

Überdies habe der Stadtrat in der Schlussphase der Projekte seine Ausgabenkompetenz überschritten, bemängelt die PUK. Er habe Zusatzausgaben teilweise bewilligt, ohne dass die dafür nötigen ausgaben- und kreditrechtlichen Vorgaben eingehalten wurden. Als der Stadtrat die dafür nötigen Kredite nachträglich durch das Parlament bewilligen lassen wollte, lehnte das Parlament dies ab und beauftragte stattdessen eine PUK mit der Aufklärung von Ursachen und Zusammenhängen.

Zudem ist die PUK der Meinung, dass in Teilbereichen demokratische Prinzipien nicht eingehalten worden seien. Der damalige Stadtrat habe Teilaspekte bewusst aus dem Gesamtprojekt herausgelöst, um die Entscheide dafür im eigenen Kompetenzbereich zu behalten. Die PUK und der externe Bericht stellen sich auf den Standpunkt, dass der Grundsatz der «Einheit der Materie» damit verletzt worden sei. Das heisst, dass auch die Peripherieprojekte im Bauprojekt Kleinfeld in die Gesamtausgabe einberechnet hätten werden müssen und so in der Ausgabenkompetenz des Einwohnerrats und nicht des Stadtrates gelegen wären.

Der PUK ist es wichtig, aus der Vergangenheit zu lernen und konkrete Handlungsempfehlungen abzugeben. Dazu gehören namentlich:

- **Projektsteuerung:** Verwaltungsintern sollen für die Realisierung von Bauprojekten die organisatorischen und administrativen Strukturen verbessert werden. Planung und Kontrolle sollen gestärkt werden. Dazu sollen heutige Kompetenzregelungen überprüft und auf die Auftragsvergabe ausgeweitet werden.
- **Personelle Ressourcen:** Es sollen Massnahmen getroffen werden, die für grössere Bauprojekte ausreichende Ressourcen sicherstellen. Auf diesem Weg sollen Überforderung und Überlastung verhindert und das Vieraugen-Prinzip als Kontrollinstanz sichergestellt werden.
- **Transparenz:** Im Projekt «Zukunft Kriens – Leben im Zentrum» hatten Einwohnerrat und Stadtrat der Stimmbevölkerung ein Gesamtpaket unterbreitet. Aus heutiger Sicht empfiehlt die PUK, Projekte dieser Dimension als in sich geschlossene, logische Einheiten zu behandeln. Dies erleichtert die Transparenz und bietet Gewähr dafür, dass die «Einheit der Materie» auch eingehalten wird.
- **Laufende Kostenkontrolle verbessern:** Die Stadt soll gerade auch in der Zusammenarbeit mit Partnern ihre Strukturen im Kosten-Controlling verbessern. Ein laufender Abgleich zwischen Projektbuchhaltung der Immobilienabteilung bzw. Partnern und städtischer Finanzbuchhaltung ist sicherzustellen.
- **Umgang mit neuen gesetzlichen Vorgaben:** Die PUK fordert die konsequente Anwendung des Kredit- und Ausgabenrechts sowie die Einhaltung der Einheit der Materie. Neben der Einführung eines Finanzhaushaltsgesetzes sollen die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung gezielt für den Umgang mit dem Finanzhaushaltsgesetz geschult werden. Die PUK erwartet, dass vor allem die Schlüsselpersonen so geschult werden, dass der Einwohnerrat fehlerhafte Beschlusstexte nicht an der Ratssitzung korrigieren muss.

- **Revision überprüfen:** Strukturen, Umfang und Art der Rechnungsrevision sollen überprüft werden. Insbesondere schlägt die PUK vor, dem Parlament als Kontrollinstanz bzw. dessen Kommissionen mehr Einflussmöglichkeiten zu gewähren.
- **Kontrollsystem:** Die PUK empfiehlt, dass die Stadt ein internes Kontrollsystem mit einem Risikomanagement gemäss kantonalen Vorgaben einführt.

Die PUK empfiehlt, dass die Umsetzung dieser Massnahmen durch die einwohnerrätliche Kommission für Finanzen und Gemeindeentwicklung (KFG) eng begleitet wird.

Der Bericht und Antrag der PUK wird vom Krienser Stadtparlament an der Mai-Sitzung behandelt. Wie in der Geschäftsordnung des Einwohnerrates vorgesehen, konnten sich auch der heute amtierende Stadtrat sowie die während der untersuchten Zeitperiode amtierenden Mitglieder des Stadtrates in eigenen Berichten zum PUK-Bericht sowie zu den Erkenntnissen der Untersuchung äussern.

Für Fragen steht zur Verfügung:

Beat Tanner
Einwohnerrat und PUK-Präsident, T +41 41 208 83 91
TannerBeatER@kriens.ch

Erreichbar: Dienstag, 27. April 2021, 13.00 bis 14.00 Uhr